

Naßauer Volksfreund

Herborner Zeitung
mit illustrierter Gratis-Beilage „Neue Lesehalle“

Druck und Verlag von Emil Anding, Herborn. — Telefon Nr. 39.

Preis für die einspaltige Petit-Zeile oder deren Raum 15 Pfg., Reklame pro Zeile 40 Pfg. Anzeigen finden die weiteste Verbreitung. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt.

Nr. 15.

Herborn, Sonntag, den 18. Januar 1914.

12. Jahrgang.

Zum 18. Januar!

43 Jahre sind es her, daß ein neues deutsches Reich geworden ist. Dort in jenem alten Königschloß drüben an der Seine, da krönten die Deutschen den König von Preußen just wider seinen Willen zu ihrem Kaiser. Draußen auf blutdurchtränkter Au jubelte man ihm zu; im Vaterland daheim stritten sich deutsche Männer, die Volksvertreter heißen, im norddeutschen Reichstag und in den süddeutschen Parlamenten Tage, ja Wochen lang um die Frage, ob wieder ein Kaiser sein solle in deutschen Landen. Während der treueste Diener Kaiser Wilhelm I. das Beste seiner Lebenskraft aufzehrte, um die Einigkeit der deutschen Fürsten zu erreichen, sieht die liberale Demokratie daheim ihre Aufgabe darin, dem Volke die Freude an dem, was man ersehnte, zu verbittern.

Jahrzehnte sind seit dem dahingegangenen. Der Reichsgedanke ist stark und kräftig geworden. Nur wenig ist noch zu bemerken vom Groll der Dynastien, die einst ihre Sonderrechte bedroht sahen. Mancher Preuße, mancher Bayer, der sich ernstlich Einbild verschafft hat in den Verlauf der Geschichte, der weiß jetzt, das Opfer ist nicht vergeblich gewesen, das einst der deutschen Einheit gebracht wurde. Viele der früheren Feinde sind zu Freunden geworden. Aber nicht alle. Das vergangene Jahr brachte das 25 jährige Jubiläum des dritten deutschen Kaisers und in demselben Sommer vermochte die deutsche Sozialdemokratie auf eine 50 jährige Geschichte herabzublicken. Der Kaiser, der einst unter den ungünstigsten Auspicien den Thron bestieg, sieht auf der Höhe seiner reichen Tätigkeit sich gegenüber eine Macht, die all dem Willen und Schaffen des Kaisertums in den 43 Jahren nichts anderes entgegenzubringen weiß als ein glattes, scharfes „Nein!“

Nicht das Wirtschaftsprogramm macht hier den Gegensatz, sondern das demokratische Prinzip. Die letzten Wochen haben es uns deutlich gezeigt, daß das entweder oder, vor das wir in der Folgezeit gestellt werden, heißt: Monarchie oder Demokratie, Kaisertum oder Parlamentarismus. Hier handelt es sich nicht um Verfassungsfragen, sondern um Sein oder Nichtsein des Reiches, um das Wachsen oder Schwinden des deutschen Gedankens in der Welt.

Das Zeichen der Zeit besteht darin, daß das Freiheitsgefühl das Verantwortlichkeitsgefühl übertrug. Und weil das so ist, deshalb ist diese Freiheit im Grunde Willkür. Was uns heute fehlt, das ist die Frage: Freiheit wozu und Freiheit wozu? Die Demokratie hat sich diese Frage nicht gestellt.

Das, was sie überhaupt geschaffen hat an bleibenden Werten, ist nicht allzuweit her. Der polnische Reichstag ging an der Freiheit zu Grunde, daß jeder einzelne durch sein Veto einen Beschluß verhindern konnte. Bei uns kann heute der 5. Rangler des Reiches aller Sensation des Parlaments zum Trotz ruhig und sicher seine Meinung sagen, während unsere westlichen Nachbarn drüben in Paris am Werke sind, dem 55. Ministerium, das ihnen die Demokratie gebracht, das 56. folgen zu lassen. Es ist ganz falsch, zu fragen: Wer soll herrschen, ein einzelner oder das Volk. Sondern das ist das richtige Staatsprinzip, das die Garantie bietet, daß regiert werden kann durch einen einheitlichen Willen mit klarem, gebildeter Erkenntnis. Deshalb wollen wir uns unser deutsches Prinzip, unsere Monarchie nicht nehmen lassen. Wir wissen, daß sie das, was sie in der Geschichte geleistet hat, auch fernerhin leisten wird. Uns aber legt der 18. Januar von neuem die Pflicht auf, nichts anderes zu wollen und zu erstreben, als allzeit „Förderer und Wehrer“ des Reiches zu sein.

H. S., Halle a. S.

Herr Knöpfler und seine Presse.

Wer sich die Verhandlungen im elsä-lothringischen Landtag etwas genauer durchgelesen hat, wird sich daß gewundert haben, welche Töne diese „Deutschen“ angeschlagen haben. Man hat ja erwartet, daß alle Schuld des Wirrwarr im Reichslande auf das verhasste Militär abgeladen wird, dennoch sah man mit einer gewissen Spannung den Verhandlungen entgegen. Die Reden jedoch, die am letzten Dienstag dort gehalten worden sind, haben sicherlich auch die kühnsten Erwartungen derjenigen übertroffen, welche glaubten, sich auf ein gewisses Maß von Unsachlichkeit und Unwahrhaftigkeit gefaßt machen zu sollen. Unter den gehaltenen Reden, beanspruchte natürlich die des Abgeordneten Knöpfler, welcher die Interpellation begründete, das weitgehendste Interesse, nicht allein weil dieser Herr als Bürgermeister und Vertreter der Polizeigewalt in Zabern an den vielerörterten Vorgängen in weitestem Maße beteiligt ist, sondern auch um des nicht so leicht zu begreifenden Mutes willen, mit dem dieser Herr von der Tribune des Landtages herab, unter dem Schutze der Immunität, Behauptungen aufzustellen und als Tatsachen auszugeben wagte, deren Unrichtigkeit nach den in den letzten

Prozessen erfolgten Feststellungen für jeden unbefangenen Beobachter keinem Zweifel unterliegen kann.

Wenn der Herr Bürgermeister und Landtagsabgeordnete zunächst von einer „allmächtigen Militärpartei“ in Deutschland spricht, so mag das immer noch hingehen. Der trotz seines deutschen Namens doch mit deutschen Wesenszügen anscheinend wenig vertraute Herr kann es eben nicht begreifen, daß in Deutschland mit seiner allgemeinen Wehrpflicht das Volk in Waffen sich einmütig zum Protest erhebt, wenn man ihm sein Volkstheer, das es liebt und verehrt, das es als Fleisch von seinem Fleisch ansieht, verunglimpfen und in den Schmutz zerren will. Wenn aber der Herr Polizeigewaltige von Zabern sich dann weiter dazu versteigt, zu behaupten, die Zaberner Bevölkerung habe in dieser schweren Zeit eine würdige und ruhige Haltung an den Tag gelegt, wie sie unter ähnlichen Umständen keine andere Stadt gezeigt habe, so möchte man im Hinblick auf die in den Verhandlungen gegen den Oberst Reuter festgestellten Ausschreitungen und Gewalttätigkeiten einer johlenden und schreienden, mit Steinen und Flaschen aufs Militär werfenden Menge wirklich fragen, wie die Zaberner Bevölkerung, bekanntlich die „ruhigste der Welt“, erst aussieht, wenn sie sich nicht „würdig und ruhig“ betrugt. Das muß ja dann geradezu furchtbar sein. Und ist es nicht — man muß das Ding beim richtigen Namen nennen — eine bodenlose Kühnheit, wenn Herr Knöpfler vom Reputat des elsässischen Landtages herab in alle Welt posant, dieser „Sieg der Militärpartei“ bedeute eine faust übersehene Niederlage des deutschen Vaterlandes, alle Begriffe von Recht und Gesetz seien über den Haufen geworfen und ähnliches mehr? Wem immer noch nicht die Augen aufgegangen sind, wie es dort im „Eisä“ augenblicklich zugeht, der braucht nur die Knöpflersche Rede zu lesen, und er wird genug wissen.

Natürlich ist für die Rosen und Rosaroten dieser liebliche Bürgermeister der Held der Situation. Auf seine Behauptungen stützt man die Nachworte zum Reuter-Prozess, und damit sein Heldenglanz in den Augen der Leser keine Trübung erfahre, verstümmelt und fälscht die Linkspresse die Erklärung des Staatssekretärs Frhrn. Jörn von Völck. Diese Fälschungen sollen den Boden abgeben, auf dem man die geehrten Leser über den Vöfkel barbieren kann. Wer jedoch die Erklärung genau nach dem Wortlaut liest, wird finden, daß sich Herr von Völck sehr vorsichtig und diplomatisch ausgedrückt hat. Er erklärte nämlich, die Regierung sei damals den Behauptungen entgegengetreten, daß die Zivilbehörden versagt hätten, da tatsächlich die ihnen zur Verfügung stehenden Polizeikräfte ausgereicht hätten, um ernstere Unruhen zu verhindern. Auch der Anklagevertreter in dem kriegsgerichtlichen Verfahren gegen Oberst v. Reuter habe die damaligen Maßnahmen des Kreisdirectors als genügend anerkannt unter der Voraussetzung freilich, daß eine Kontrolle dahin auszuüben war, ob die Zivilbehörden auch ihre Pflicht täten. Scharf verurteilte der Staatssekretär, daß ein Teil der Bevölkerung Zaberns, auch wenn er sich beleidigt glaubte, sich zu lärmenden Straßenkundgebungen und unsäglich Beschimpfungen habe hinreißen lassen. Dem Ansehen und der Pflicht der Bewohner würde es entsprochen haben, wenn sie den öffentlichen Aufforderungen des Bürgermeisters und des Kreisdirectors gefolgt wären, welche wiederholt vor Ruhestörungen dringend warnten. — Das klingt in der Tat etwas anders, als die freisinnig-sozialdemokratische Melung, die übrigens — in diesem Zusammenhang ungeschickterweise — feststellt, daß der Erklärung „eifriges Schweigen“ gefolgt sei. Die Herrschaften im Landtag hatten jedenfalls erwartet, daß Herr v. Völck in des Knöpflers Horn stoßen werde, und da das nicht geschah, folgte „eifriges Schweigen“.

Die Presse der Knöpfler, Mandelmänner und Konsorten wird es nicht fertig bekommen, dem deutschen Volke die Schmach von Zabern aus dem Gedächtnis zu reißen oder zu entstellen. Dafür haben die Feststellungen im besonderen und die Aufklärungen im allgemeinen des Prozesses gegen den Obersten von Reuter gesorgt. Die Schlächter, die dieser Prozeß auf die elsä-lothringischen Verhältnisse geworfen hat, waren zu grell, als daß man das Geschehene und Gehörte leicht vergessen könnte.

Deutsches Reich.

Hof und Gesellschaft. Der Kaiser empfing am Freitagmittag die Präsidien der beiden Häuser des preussischen Landtages, die dann auch von der Kaiserin empfangen wurden.

Für die am 20. d. M. beim Kaiserpaar im Rittersaal des Berliner königlichen Schlosses stattfindende De-filiter-Cour ließ der Oberzeremonienmeister die Ansage ergehen.

Der Schwiegersohn des Kaiserpaars, Herzog Ernst August von Braunschweig, traf am Freitag zur Teilnahme am Kapitel des Schwarzen Adlerordens in Berlin ein.

Die Königin Sophie von Griechenland wird sich in Begleitung des Thronfolgers von Athen nach Berlin begeben, um an der Feier des Geburtstages des Deutschen Kaisers teilzunehmen.

Der Reichskanzler begab sich am Donnerstagvormittag nach Potsdam ins Neue Palais, um dem Kaiser über die laufenden Fragen Vortrag zu halten; dort hatten sich auch der Kriegsminister und die Chefs des Zivil- und des Militärlabinetts eingefunden. Man geht wohl nicht fehl, wenn man diese Audienzen in Zusammenhang mit dem am Abend desselben Tages halbamtlich veröffentlichten Mitteilungen zu den Straßburger Militärprozessen bringt.

Der Bundesrat faßte in seiner Donnerstagssitzung Beschluß über den Antrag des Königreichs Sachsens, betr. Heranziehung der Chefs und Angestellten der bei deutschen Bundesstaaten beglaubigten Gesandtschaften anderer deutscher Staaten und der in Berlin wohnhaften nicht preussischen Bundesratsbedollmächtigten zum Wehrbeitrag in ihren Heimatstaaten, sowie über die Belegung einer Mitgliedsstelle beim Reichsversicherungsamt. Ferner wurden die Zoll- und Salzsteuer-Verwaltungsstellen-Etats der Bundesstaaten genehmigt und der Aenderung des Statuts des Kaiserlich Archäologischen Instituts zugestimmt.

Arbeitsplan des Reichstages. Um die Etatsberatung möglichst vor der am 3. April in Aussicht genommenen Osterpause zu beenden, sollen nur wenige Sitzungstage freigelassen werden, nämlich je ein weiterer Tag beim Geburtstage des Kaisers, bei Maria Reinigung (2. Februar), Fastnacht (25. Februar) und Maria Verkündigung (25. März). Die Schwerinstage sollen vor der Osterpause nur dann abgehalten werden, wenn es der Fortschritt der Etatsberatung zuläßt.

Zu den neuen Reichssteuern äußerte sich am Donnerstag in der Sitzung der Zweiten badischen Kammer der Finanzminister Dr. Rheinboldt, indem er erklärte, daß auch er auf dem Standpunkt stehe, daß der Reichshaushaltsetat mit der richtigen Berechnung des Wehrbeitrages stehe und falle. Bei den Matrifularbeiträgen könne er kein Gewohnheitsrecht gelten lassen, trotzdem seit dem Jahre 1909 der Beitrag 80 Pfennig pro Kopf betrage. Ein Fiasco des Wehrbeitrages könnte dieses Gewohnheitsrecht leicht ins Wanken bringen. Auch er werde mit allen Mitteln gegen eine weitere Inanspruchnahme der direkten Steuern durch das Reich kämpfen. Der Minister des Innern Freiherr von und zu Bodman sagte zur Steuerungsfrage, daß nach seiner Ansicht die Zoll- und Handelspolitik des Reiches nicht Schuld trage an der Teuerung, die auch in anderen Ländern bestehe. Die Regierung werde an der bisherigen Zoll- und Handelspolitik festhalten.

Deutscher Reichstag.

8 Berlin, 16. Januar 1914.

102. Sitzung.

Im Reichstag kam es heute nach Erledigung einiger kurzer Anfragen von weniger allgemeinem Interesse zur Beratung eines von den Nationalliberalen, der Reichspartei, dem Zentrum und den Konservativen gestellten scheinigen Antrages über die Vermögens-erklärung zum Wehrbeitrag, in dem die Verlängerung der Frist zur Abgabe der Vermögenserklärung bis Ende Februar verlangt wird; ferner sollen Zweifelsfragen durch eine entsprechende Mitteilung an den Reichstag gehoben werden. In der Begründung des Antrages hob der Abgeordnete Erzberger hervor, daß die Ermächtigung der Einzelstaaten, die Frist bis Ende Januar zu verlängern, nicht genüge. Es beständen überhaupt außerordentlich große Unklarheiten, für die es z. B. bezeichnend sei, daß in Bayern erklärt wurde: Wenn der Ertragswert weniger beträgt als der Verkaufswert, dann wird der Verkaufswert eingestellt. Eine solche Auffassung widerspreche direkt dem Gesetz. Nicht unbezweifelt sei es auch, ob der Generalpardon sich auch auf das Jahr 1913 erstrecke. Der Redner forderte mögliche Vermeidung unnötigen Eindringens in Privatverhältnisse. Die Begeisterung für den Wehrbeitrag sei bereits sehr abgeklaut, und es sei zu wünschen, daß die Bereitwilligkeit, mit der man 1913 die verlangten Opfer auf sich genommen habe, nicht in das Gegenteil umschlage. Der Reichschatzsekretär Kühn zeigte sich jedoch dem Antrage grundsätzlich abgeneigt und wies darauf hin, daß dadurch die Ueberblick über das Gesamtergebnis des Wehrbeitrages noch weiter hinausgeschoben würde; außerdem brächte die Annahme des Antrages, da dann das Ertrags des Wehrbeitrages nicht verwertet werden könne, auch schwere Unzulänglichkeiten bezüglich der Aufstellung des Etats für 1915. Uebrigens mache er darauf aufmerksam, daß die Frist von den Landesregierungen bis Ende Januar hinausgeschoben werden könne, daß für besondere Fälle noch besondere Termine für die Verlängerung in Frage kämen, und daß in Einzelfällen einem Antrage auch ohne Beschränkung stattgegeben werden könne. Er rate, bei allen Zweifelsfällen nach Möglichkeit ist eine gerichtliche Entscheidung herbeizuführen, und sei bereit, überall, wo es nötig sei, die Entscheidung selbst zu treffen und Aufklärung zu schaffen. Nach kurzer, weiterer Debatte wurde der Antrag einstimmig angenommen, und das Haus wandte sich der Fortsetzung der Beratung der Vorlage über die Sonntagsruhe zu. Als der Sozialdemokrat Duard zu einer langen Rede ausholte, leerte sich der Saal zusehends. Auch am Ministertisch hatte man die Flucht ergriffen; man sah nicht einmal mehr einen Kommissar, und der Bih. den Herr Duard an den Beginn seiner Ausführungen stellte, indem er den Regierungssitz mit einer Wüste verglich, in der einige Kommissare die Rolle als Beduinen übernommen hätten, war schon nicht mehr aktuell. In der Sache nahm der sozial-

demokratische Redner einen durchaus ablehnenden Standpunkt zu der Vorlage, die lange nicht weit genug gehe, ein, während die übrigen Redner fast einheitlich in ihr einen Fortschritt zu den gegenwärtigen Verhältnissen anerkennen. Recht sympathisch berührte, was Graf Bosadowitz über die Folgen der englischen Regelung der Sonntagsruhe ausführte. Jeder, der aus eigener Anschauung ihre Schrecken kennen gelernt hat, wird dem Redner durchaus beipflichten können. Die Vorlage wurde schließlich an eine Kommission verwiesen.

Ausland.

Frankreich.

Das neue Finanz-Erposé.

Das der Finanzminister Caillaux am Donnerstag der Deputiertenkammer vorlegte, weist zwei unbestreitbare Vorgänge auf: Ausschaltung jener direkten Steuer, die der unmittelbare Vorgänger Caillaux mit 250 Millionen befristet hatte, und die Verringerung der Anleihe summe um 400 Millionen.

Balkan.

Russlands Dank an die Türkei.

Als Belohnung für ihr Zurückweichen in der Angelegenheit der deutschen Militärmission sagte nun Russland der Pforte seine Unterstützung bei der Durchführung der großen türkischen Anleihe zu. Es wird also immer klarer, daß die russische und die französische Diplomatie mit Erfolg die dringenden Geldnöte der Türkei ausgenutzt haben, um den deutschen General Liman von Sanders von dem Kommando des ersten türkischen Armeekorps, in dem sie eine Gefährdung der russischen Orientpolitik erblickten, zu entfernen.

Kleine politische Nachrichten.

Nach dem Schluß der Zuberndebatte in der Zweiten reichsländischen Kammer wurde am Donnerstag die bereits gemeldete Resolution unter lebhaftem Beifall einstimmig angenommen.

Die von der Preussischen Finanzverwaltung begebenen 400 Millionen Reichsmark auslosbarer Schatzanweisungen sind mit vier Prozent verzinslich und werden am 29. Januar zum Kurse von 97 Prozent zur Subskription aufgelegt werden.

Die Zweite kaiserliche Kammer nahm nach längerer Debatte den Antrag, die Regierung möge im Bundesrat dafür eintreten, daß die Frist zur Abgabe der Vermögenserklärung zum Wehrbeitrag bis Ende Februar verlängert wird, einstimmig an, obwohl der Finanzminister erklärt hatte, daß die Regierung außerstande sei, diesen Antrag im Bundesrat zu vertreten.

Zur Milderung der Notlage der Weinbauern in Baden werden im Nachtragsetat vom Landtag 200 000 M. gefordert; außerdem sollen den Landwirtschaftsverbänden und Winzervereinen Darlehen gewährt werden.

Als erster sozialdemokratischer Bürgermeister in Holland wurde das Mitglied der Zweiten Kammer ter Haar für die Stadt Zaandam von der Königin Wilhelmine ernannt.

Der französische Marineminister Ronis bereitet bezüglich des Verhaltens der Kriegsschiffe bei religiösen Zeremonien einen Erlaß vor, durch den dem Trennungsgesetz und dem Grundgesetz der religiösen Neutralität des Staates Rechnung getragen werden soll.

Die Bildung des 21. französischen Armeekorps ist, wie amtlich erklärt wird, nunmehr durchgeführt; General Legrand hat das Kommando übernommen.

Der französische Senat wählte Dubost mit 203 von 228 Stimmen zum Präsidenten wieder.

Der frühere französische Ministerpräsident Briand wurde einstimmig zum Präsidenten der Wahlen gewählt; zu Vizepräsidenten wurden Louis Barthou, Millerand und Klotz, zum Generalsekretär Chéron gewählt.

Mehrere radikale französische Deputierte haben beschlossen, eine neue Parteigruppe zu bilden, welche die Deputierten umfassen soll, die weder der Vereinigung der Wahlen noch der Partei der Vereinigten Radikalen angehören.

Das englische Kriegsamt entschloß sich, zur Anwerbung von Rekruten für die reguläre Armee sich der Zeitungsannoncen zu bedienen; die Londoner Zeitungen vom Donnerstag enthielten sämtlich eine Anzeige, die eine ganze Seite einnimmt, in der zum Eintritt in das Heer aufgerufen wird.

Der schwedische Reichstag trat am Donnerstag zu seiner ordentlichen Tagung zusammen. Der König hat das Präsidium der Ersten Kammer wiederernannt. An Stelle des verstorbenen Präsidenten der Zweiten Kammer, Frhr. Bonde, wurde Landeshauptmann Widen (lib.) zum Präsidenten gewählt.

Ismael Kemal Bei bot der Internationalen Kontrollkommission für Albanien seinen Rücktritt an.

Der liberale Brattianu wurde mit der Bildung des rumänischen Kabinetts betraut.

Zwischen Griechenland und Rumänien kam eine Post- und Telegraphenkonvention zustande.

Wie berichtet wird, sollen die Griechen fünfzehn Dörfer in den Bezirken Scarpanti und Coritha geräumt haben; auch die Nachrichten aus Elbassan lauten beruhigender.

Nach dem endgültigen Wahlergebnis sind 46 Mitglieder der Regierungspartei und 16 Oppositionelle, darunter 9 Radikale in die montenegrinische Stupschina gewählt worden.

Die kanadische Regierung hat in der am Donnerstag eröffneten neuen Parlamentssession die Flottenvorlage nicht wieder eingebracht, da sie warten will, bis die Mehrheitsverhältnisse im Senat sich geändert haben werden.

Die Meldungen aus dem südafrikanischen Streitgebiet ergeben ohne Unterschied, daß der Streik im Abflauen begriffen ist und die Leute die Arbeit wieder aufnehmen.

Aus Groß-Berlin.

Universitätsprofessor Hermann Freiherr von Soden.

Pfarrer an der Jerusalemer Kirche zu Berlin, wurde am Donnerstag, als er aus dem Untergrundbahnhof Potsdamer Allee einen schon in der Fahrt befindlichen Zug besteigen wollte, mit dem Kopf an die Tunnelwand geschleudert. Er erlitt eine Gehirnerschütterung, an deren Folgen er verstarb. Freiherr von Soden war einer der hervorragendsten und beliebtesten Kanzelredner Berlins, aber auch als theologischer Fachschriftsteller der gemäßigten Richtung genossen er einen wohlverdienten Ruf. Als Sohn des Professors Theodor von Soden am 16. August in Cincinnati geboren, machte der Entschlafene seine Studien in Tübingen. Als Hilfsgeistlicher amtierte er in Wildbad, Kirchheim-Ted und Stuttgart. In den Jahren 1881 und 1882 war er Pfarrer in Striesen-Dresden, danach vier Jahre Archidiaconus in Chemnitz. Seit 1887 wirkte er als Pfarrer an der Jerusalemer Kirche in Berlin, in welcher Stellung er am 7. Januar 1912 unter großen Ehrungen sein 25jähriges Jubiläum begehen konnte. Der Universitätsprofessor von Soden seit 1889 an; erst vor zwei Monaten wurde er durch Ernennung zum ordentlichen Honorarprofessor ausgezeichnet.

33 Ärztinnen in Berlin. Die Zahl der weiblichen Ärzte wächst langsam aber stetig. So zählt man nach der amtlichen Zusammenstellung der Kreisärzte allein in Berlin jetzt schon 33 Ärztinnen. Von diesen geben 22, also $\frac{2}{3}$, eins oder mehrere Fächer als ihre Spezialität an. Am meisten sind dabei Kinderkrankheiten vertreten. Frauenleiden als ihr besonderes Gebiet bezeichnen fünf Ärztinnen. Innere Leiden werden als Spezialität dreimal angegeben, Haut- und Geschlechtsleiden sowie Nervenseiden je zweimal. Je einmal vertreten ist auch die Augenheilkunde und die Orthopädie. Mit der Geburtshilfe befaßten sich außerdem im ganzen zwölf Ärztinnen. Zwei bezeichnen diese als ihre Spezialität.

Tagesneuigkeiten.

Gegen die durchsichtigen Damenkleider haben die belgischen Bischöfe einen langen Hirtenbrief erlassen. Er wirt den belgischen Frauen vor, daß sie zu wenig Stoff für ihre Kleider verwenden, daß sie nur durchsichtige Stoffe gebrauchen und in ihrer Kleidung die Linie ihres Körpers zu sehr betonen. Die Ehefrauen werden beschworen, sich in Kleidung und Tanz weniger auffallend zu benehmen. Die Gatten und Ehemänner werden ermahnt, den Stimmen der Verführung mit größerer Kraft zu widerstehen. Es wird den Müttern ans Herz gelegt, die jungen Mädchen vor den Gefahren zu schützen, die sie nicht nur beim Tanz, sondern auch im Theater, im Kinetographentheater und bei der Lektüre der modernen

unsittlichen Bücher laufen können. Endlich wird den jungen Herren zugerufen, daß sie ihre Wahl nicht auf solche junge Mädchen richten, die den gerügten modernen Moden huldigen. Der Brief soll in Belgien großes Aufsehen erregen.

Der Vatikan gegen den Tango. Der Kardinalvikar von Rom beklagt in einem Rundschreiben an die Pfarrer seiner Diözese den Verfall der Sitten und des Familienlebens, der auch in Rom, dem Sitz des Papsttums, immer mehr um sich greife. Das Uebel zu erhöhen, sei nun ein überseelischer Tanz im Schwange, der durch seine rohe Sinnlichkeit Herz und Seele der Jugend vergifte. Der Kardinal mahnt die Pfarrer, dem neuesten Vergnügen aufs schärfste entgegenzutreten und ihrer Gemeinde den Frevel vor Augen zu halten, dessen sich diejenigen schuldig machen, die dem unmoralischen lusternen Tanze frönen.

Eine Riesenslutwelle. Aus Elkins in West-Virginia wird gemeldet, daß der Damm der West-Virginia-Papierfabrik barst. Eine Riesenslutwelle von 35 Fuß Höhe stürzte das Potomacfließ hinab und segte alles, was ihr im Wege war, nieder. Fünfhundert Menschen konnten nur ihr nacktes Leben retten. Soweit bisher bekannt, gelang es allen Einwohnern, zu entkommen, da der Bruch so langsam vor sich ging, daß sie rechtzeitig gewarnt werden konnten. — Die Brücke der Western Maryland-Eisenbahn und mehrere andere Brücken wurden fortgerissen.

Ein deutscher Fischdampfer untergegangen. Der Bremerhavener Fischdampfer „Loy“ der Reederei Johann Wetjen, der den Geestemünder Fischereihafen am 16. Dezember v. Js. zu einer Fangreise verlassen hat, gilt als verloren. Der Dampfer ist noch am 31. Dezember Abend im Süden-Islands gesehen worden. Man nimmt an, daß er gesunken ist, zumal auch sein Kohlenvorrat für eine längere Reise nicht ausgereicht hätte. Er hatte eine Besatzung von 13 Mann an Bord und machte erst seine dritte Reise.

Ein kostspieliger Brand. In einem Hause der Wilhelmstraße in Braunschweig kam dadurch ein Stubenbrand zum Ausbruch, daß Kleidungsstücke, die am Ofen hingen, in Brand geraten waren. Als die Feuerwehr einen neben dem Ofen liegenden Haufen altes Papier fortgeschaffte, fand man unter dem Papier Wertpapiere über 13 000 M., Hypothekenbriefe und Obligationen über 50 000 M. und Sparkassenbücher über 10 000 M., so daß der Gesamtwert der gefundenen Papiere 73 000 M. beträgt. Besitzer dieses Schatzes ist der frühere Ralermmeister, jetzige Privatmann Heinrich Prüsse, ein Sonderling und Einsiedler, dem das Haus zwar gehört, der aber nur das eine kleine Zimmer bewohnt.

Vermishtes.

Neue bayerische Briefmarken. Offiziell wird jetzt die Ausgabe neuer bayerischer Briefmarken im kommenden Frühjahr angekündigt. Für die Marken werden zwei verschiedene Porträts des Königs nach Entwürfen von Professor Walter Firls, für die Postkarten, Anweisungen und Kartenbriefe eine Darstellung des bayerischen Wappens nach Entwürfen von Professor Otto Hupp veranlaßt. Die Pfennigwerte werden alle im Verhältnis von 25:21 Millimetern hergestellt. Die Markwerte zeigen den Kopf des Königs. Die Prinz-Regenten-Serie bleibt noch einige Jahre im Umlauf. Die neuen Marken werden im Kupfertiefdruckverfahren hergestellt.

Spontinis Orden. Spontini pflegte bei festlichen Gelegenheiten die ganze große Anzahl seiner Orden zu tragen. Als er einst auch auf der Generalprobe eines großen Musikfestes in Halle a. d. S. damit erschien, äußerte ein alter Musikus ziemlich laut gegen einer seiner Kollegen: „Sieh nur, wie viele Orden Spontini trägt; Mozart hatte gar keinen!“ Spontini hatte die Äußerung vernommen und erwiderte: „Lieber Freund, Mozart brauchte auch keinen Orden!“

Ueber alles die Ehre.

Roman von M. R. Herrmann.

Nachdruck verboten

(2)

Aus dem Stammen gar nicht herauskommend, hatte der Sohn bisher zugehört, jetzt aber fragte er: „Deine ganze Rede ist mir völlig unverständlich. Ich soll Deinen Namen unter einen Wechsel gesetzt und diesen Wechsel dann weitergegeben haben?“

„Wie Du das alles so schön jetzt weißt,“ entgegnete trocken der Vater.

„Das ist mir aber doch zu stark!“ brauste Rudolf auf. „Wer hat diese ungeheure Dreistigkeit zu Deinen Ohren gebracht, den fordere ich vor die Pistole!“

„Hier lies,“ antwortete der Vater, dem Sohne den Brief seines Bankiers überreichend.

Rudolf las die Zeilen ein paarmal durch, seine Hände zitterten, als er den Brief zurückgab. Bornbeidend entgegnete er: „Dem Menschen werde ich für diese Unverschämtheit die verdiente Büchse zuteil werden lassen.“

Nun war es an dem General, erstaunt zu werden, und als der Sohn sich zum Gehen wandte, fragte er: „Was willst Du tun?“

„Natürlich zu diesem Ehrabschneider gehen und ihn zur Rede stellen.“

In diesem Augenblicke öffnete sich die Tür, ein schlanker Leutnant, fast das Ebenbild Rudolfs, trat ein; mit schnarrender Stimme sagte er: „Guten Tag, Papa, guten Tag, Rudolf!“ Er wollte offenbar weiter etwas hinzusehen, doch schweig er, als er die verstörten Gesichter der beiden sah, die seinen Gruß kurz erwiderten.

„Nanu, was habt Ihr beide gehabt?“ unterbrach er dann die peinliche Stille, und als ihm keine Antwort zuteil wurde, wandte er sich an den Vater mit seiner schnarrenden Stimme: „Papa, ich wollte mich über meinen Oberst beschweren, der Dörentthal ist ein schrecklicher Kerl. Nicht nur nimmt er uns hoch bis auf die Knochen, sondern er schikanert uns auch, wo er nur kann, besonders uns jüngeren Offiziere. Denke Dir nur, er verbietet uns jetzt schon den Besuch des Vereinshauses. Aber nicht wahr, liebster Papa, das Verbot muß er wieder aufheben?“

„Nein, das wird nicht geschehen!“ entgegnete ernst der General, „denn das Verbot ist auf meine Veranlassung ergangen. Ich will nicht, daß die mir unterstellten Offiziere sich in der Spielhölle zugrunde richten. Traurig genug ist es, wenn Du selbst diese Hölle besucht hast. Da werden mir auch Deine fortwährenden Geldverlegenheiten verständlich, Du hast Dein Geld im Jeu verloren.“

„So schlimm ist das nun gerade nicht,“ entgegnete schüchtern Albrecht. „Ich gebe ja zu, daß dann und wann einmal ein Spielchen gemacht wird, niemals aber wird hoch gespielt. Ja, auf Ehre, Papa,“ lehte er gekräftigend hinzu,

als er des Vaters zweifelndem Blicke begegnete. „Ja, ja, auf Ehre!“

„Springe mit Deiner Ehre nicht so leichtfertig um, mein Sohn!“ antwortete sehr ernst der General, sich dann an den ältesten Sohn wendend, der schweigend, mit seinen Gedanken beschäftigt, zugehört hatte, sich aber jetzt entfernen wollte, bemerkte er: „Warte noch einen Augenblick, denn auch ich will in Deiner Sache klar sehen.“ Es war in dem Vater, als er die beiden Söhne, die in Gestalt und im Gesichtsausdruck fast für Zwillingenbrüder gehalten werden konnten, ein häßlicher Verdacht gegen den jüngeren Sohn aufgestiegen. Er wollte nun Klarheit um jeden Fall schaffen. Sich wieder dem jüngeren Sohn Albrecht wendend, dessen unsterblicher Blick von einem zum andern schweifte, fuhr er fort, Albrecht fest anblickend: „Ich weiß aus ganz zuverlässiger Quelle, daß im Vereinshause eine Spielergesellschaft allerhöchster Art zusammenkommt.“

Der Angeredete zuckte schuldbehaftet zusammen. Er überlegte einen Augenblick, ob er nicht eingestehen sollte, daß auch er zu dieser Gesellschaft gehörte, doch sagte er sich, daß dann ein kräftiges Donnerwetter auf ihn herabregnen würde, deshalb entgegnete er leichtsin: „Ich weiß nicht, woher Du Deine Wissenschaft über das Vereinshaus hast. Das aber weiß ich, daß ich von einem hohen Spiel bisher nichts wahrgenommen habe. Jedenfalls wurde nicht hoch gespielt, wenn wir Offiziere dort waren. Ja, ja, auf Ehre, Papa!“

„Daß das!“ entgegnete der General. „Doch nun laßt mich allein. Ihr verlaßt heute, oder wenigstens so lange, wie ich es Euch nicht mitgeteilt habe, die Kommandantur nicht. Gehl zur Mama hinüber. Du, Rudolf, sprichst über unsere Unterredung vorläufig noch nichts. Ich werde Klarheit in der Sache schaffen.“

Als beide Söhne das Zimmer verlassen hatten, war er an den Schreibtisch gegangen und schrieb an seinen Bankier einige Zeilen, in denen er ihm mitteilte, daß er den Wechsel schon heute einlösen wollte. Der Bankier aber mußte sich wohl geriert haben, denn er habe doch seinem Sohn Albrecht den Wechsel übergeben. Er erwartete den Bankier zur Empfangnahme des Geldes umgehend.

Der Diener überbrachte den Brief dem Bankier Schönfelder. Der Bankier schüttelte den Kopf, als er den Brief durchgelesen, dann übergab er das Schreiben seinem Prokuristen, der ebenfalls nicht wußte, was er daraus entnehmen sollte.

„Ich weiß nicht, was Eggellenz damit meint,“ bemerkte der Chef. „Der Wechsel ist uns von Herrn Oberleutnant Rudolf von Ehrenstein zum Diskont übergeben worden. Da wird der jüngere Herr sich wohl den Weg haben ersparen wollen.“

„Ja, das wird wohl sein,“ bemerkte zustimmend der Prokurist. „Mir wollte es zwar nicht in den Sinn kommen, daß Eggellenz auf seine Depots kein Geld entnahm. Doch diese Herren rechnen eben gar nicht kaufmännisch. Wer übrigens die beiden Brüder nicht so genau kennen würde, wie ich, könnte sie wohl verwechseln, das ist hier völlig ausge-

lassen. Der Herr Oberleutnant Rudolf ist braun und Albrecht blond, wenigstens bedeutend heller gefärbt, als sein Bruder.“ Der Chef nickte zustimmend, dann ließ er sich dem betreffenden Wechsel ausbändigen und begab sich in die Kommandantur, wo er sofort in das Arbeitszimmer des Generals geführt wurde.

Eggellenz von Ehrenstein hatte das zur Einlösung des Wechsels erforderliche Geld auf seinem Schreibtische bereits abgezählt. Er empfing den Bankier, der seit einer langen Reihe von Jahren sein Sachwalter und Berater in seiner Vermögensangelegenheit war, auf das freundlichste. „Guten Tag, lieber Schönfelder. Bitte, nehmen Sie Platz.“

Beide schüttelten sich die Hände, dann nahm der Bankier in einem Sessel Platz.

„Sie werden erstaunt gewesen sein, daß ich Ihnen einen Wechsel zum Diskont zugehen ließ,“ nahm der General das Gespräch auf.

„Allerdings,“ antwortete der Bankier, „um so mehr, da Eggellenz noch ein beträchtliches Guthaben bei mir stehen haben, das nur abgehoben zu werden brauchte.“

„Ganz recht,“ entgegnete der General. „Aber ich wollte von dem Guthaben nichts abheben, da ich das Geld nur auf einige Tage benötigte. Deshalb sandte ich meinen Sohn Albrecht mit dem Wechsel zu Ihnen.“ Der General, dem das Lügen schlecht stand, senkte den Blick zu Boden.

Der Wechsel wurde aber von Herrn Oberleutnant Rudolf von Ehrenstein überbracht,“ antwortete bestimmt der Bankier. „Ich zahlte in meiner Gegenwart mein langjähriger Prokurist Schneider das Geld dafür aus.“

Der General zuckte zusammen. Er senkte leicht auf, dann fragte er mit fast tonloser Stimme: „Das wissen Sie genau, Herr Schönfelder?“

Bankier Schönfelder blickte bestrebt zu dem General. Durch seinen Kopf jagten eine Menge Fragen, ein Verdacht, daß mit dem Wechsel etwas nicht in Richtigkeit war, stieg in ihm auf. Aber als er dem General antwortete: „Eggellenz, ich war selbst im Kontor anwesend, als Herr Oberleutnant Rudolf von Ehrenstein uns den Wechsel brachte und das Geld dafür in Empfang nahm. Außerdem hat Herr Oberleutnant den Empfang des Geldes quittiert,“ merkte man an dem Tonfall seiner Stimme nicht das geringste von einem Verdacht.

„Sie haben wohl die Freundlichkeit gehabt, Wechsel und Quittung meines Sohnes mitzubringen,“ bemerkte der General, in dem es stiller gährte, und der sich nur mühsam beherrschen konnte.

„Zamohl,“ entgegnete der Bankier, dem General den Wechsel und die Quittung überreichend.

Fortsetzung folgt.

Selbsterkenntnis ist der erste Schritt zur Besserung.

Eine recht nette Tagesleistung ist mal wieder das doch nicht von Dummköpfen redigierte „Berliner Tageblatt“ losgeworden, an der man erkennen kann, in welche Maschen sonst ganz geriebene Köpfe sich verfangen, wenn sie die gegenüber der klaren Sachlage unüberwindliche Parteibrille aufsetzen. In einer Erörterung über die Zaberger Angelegenheit ist wörtlich zu lesen:

„Der Oberst von Reuter selbst ist durchaus ein Ehrenmann in seiner Art, ein einheitlicher und ganzer Charakter. Aber im modernen bürgerlich-demokratischen Verfassungsstaate ist seine Auffassung unerträglich.“

Also: die Auffassung eines Ehrenmannes, eines einheitlichen und geschlossenen Charakters, ist im modernen bürgerlich-demokratischen Verfassungsstaate nach dem Herzen des „Berliner Tageblattes“ unerträglich. Eine gelungenere Selbstkritik läßt sich kaum denken.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein neuer Spionageprozeß. Vor dem vereinigten Zweiten und Dritten Straßengericht in Leipzig begann am Freitagvormittag der Spionageprozeß gegen den 33 Jahre alten Kaufmann Gustav Ferdinand Richter aus Ruland. Richter, der russischer Staatsangehöriger ist und zuletzt in Königsberg wohnte, ist beschuldigt, sich dort in den Besitz einer Anzahl von Schriftstücken gesetzt zu haben, deren Geheimhaltung im Interesse der Reichssicherheit geboten war, wobei er die Absicht verfolgte, die Schriftstücke zur Kenntnis einer auswärtigen Regierung zu bringen. Es sind neun Zeugen und ein militärischer Sachverständiger erschienen. Die Öffentlichkeit ist für die Verhandlung ausgeschlossen worden.

Ein neuer Krupp-Prozeß. Vor dem Oberkriegsgericht des Berliner Gouvernements begann am Freitagvormittag die Berufungsverhandlung in dem Prozeß gegen Tilius und Genossen.

Der Giftmörder Hopf vor den Geschworenen. Im Mittelpunkt der Verhandlung am Donnerstag stand der Mordversuch an der dritten Frau, die heute noch lebt, aber von Hopf geschieden ist. Die Zeugin hat Hopf durch eine Zeitungsmontage gekennnt. Kurz nach der Hochzeit machte Hopf ein Testament, in dem sie als alleinige Erbin benannt war. Das Testament war aber ungültig, da es mit der Maschine geschrieben war. Später forderte Hopf von seiner Frau eine Verfügung, wonach sie nach ihrem Tode verbrannt zu werden wünsche; sie verweltete aber die Unterschrift. Die Frau schildert dann die einzelnen Verabredungen ihres Mannes. Sie hatte eines Tages in dem Schreibtisch ihres Mannes die Beweise gefunden, daß er vorher schon zweimal verheiratet war, und nicht nur einmal, sie stellte ihn darüber zur Rede. Als sie darauf eine Tasse Tee trinken wollte, bemerkte sie an demselben einen eigenartigen Geschmack, ihr wurde übel und sie konnte sich nicht mehr erheben. Sie ließ den Tee untersuchen, es wurde aber nichts Verdächtiges gefunden. Weiter fand sie Aufzeichnungen ihres Mannes, wonach sie damals Fiebergrade bis zu 40,5 hatte. Auf Fragen des Vorsitzenden bekannte der Angeklagte, daß er seiner Frau damals Typhusbazillen gegeben hätte. Hopf beschwerte sich in jener Zeit mehrfach bei dem Wiener Laboratorium, daß die gelieferten Kulturen nicht virulent (wirksam) genug gewesen seien. Er verlangte frische Kulturen von Dysenterie- und Botulismusbazillen. Die Frau erkrankte damals neuerdings nach dem Genuß von Milch. Im November bestellte Hopf bei dem Wiener Laboratorium Kulturen von Cholera asiatica, die vom Kriegsschauplatz auf dem Balkan frisch geliefert werden könnten. Auf Befragen des Vorsitzenden gibt der Angeklagte zu, seiner Frau auch mehrfach Choleraabzissen beigebracht zu haben. Die Frau erzählt weiter, daß sie mit ihrem Mann eine Flasche Erti trank, der nach ihrer Annahme Arsenit enthielt. Die Frau ging darauf in ein Krankenhaus, wo sie noch gerettet werden konnte. Sie wurde am 12. April v. J. entlassen. Ihr Mann war inzwischen verhaftet worden. Auf nochmaliges ausdrückliches Befragen durch den Vorsitzenden bekannte der Angeklagte, daß er seiner Frau nicht nur Arsenit, sondern auch Typhus- und Choleraabzissen in die Speisen gemengt habe. Die Frage des Vorsitzenden, ob er, wie es den Anschein habe, seine Frau nur geheiratet habe, um sie umbringen zu können, verneinte Hopf, gab aber zu, daß er sie habe töten wollen, ebenso, daß er, der doch die Krankheit durch das Eingeben gefährlicher Bazillen der vorher gefunden Frau verursacht habe, während der Erkrankung der Frau an deren Bett saß und weinte, und sie, wie die Frau selbst betonte, in liebevoller Weise pflegte. Der Zeuge Bantbeamter Hoffmann von der Pfälzischen Bank bezeugt, daß das Guthaben Hopfs bei der Bank damals nur noch 1500 M. und nicht, wie er zum Kriminalinspektor von Salomon angegeben hatte, noch 7000 M. betrug. Er war also gar nicht imstande, die hohen Versicherungsgelder noch weiter zu zahlen, und mußte aus diesem Grunde schon auf die baldige Befreiung seiner Frau fassen, um die hohe Versicherungssumme einstreichen zu können. Am Freitag wurden einige Sachverständige verhört, insbesondere Dr. Sieber-Brandt aus M., der an der Hausfuchung nach Giften der Hopf beteiligt war. Er fand zahlreiche Kulturen von Bazillen ansteckender Krankheiten und eine Menge der schärfsten mineralischen und pflanzlichen Gifte, die häufig in Gläsern ohne Etiketten neben harmlosen Hausmitteln standen.

Ein amerikanischer Streitprozeß. Wie aus Houghton im Staate Michigan gemeldet wird, ist der Präsident Wagner vom Westlichen Bergarbeiterverband mit anderen Beamten des Verbandes in Verbindung mit dem Streik der Arbeiter in den Kupferbergwerken von Calumet der Verschwörung angeklagt worden. Der erste Punkt der Anklage legt den Beschuldigten zur Last, sich verschworen zu haben, um durch Waffengewalt die Angestellten der Bergwerksgesellschaften an der Ausübung ihres Berufes zu hindern.

Lokales und Provinzielles.

★ **Herborn, 17. Jan.** Auf Veranlassung des hiesigen Ortsgewerbevereins findet morgen Sonntag nachmittag 4 Uhr im Saale des Nassauer Hof dahier ein Vortrag über die Nassauische Lebensversicherung statt. (Siehe Inserat.)

★ **Städtischer Arbeitsnachweis.** Im evang. Vereinssaale dahier ist ständig eine Vatenzliste des Arbeitsnachweises ausgelegt, von der den ganzen Tag über von Jedermann Einsicht genommen werden kann. Dasselbe sind auch sowohl offene Lehrstellen, wie auch Lehrstellengesuche stets vorliegend. Wir weisen auf die Benützung dieses Nachweises empfehlend hin.

★ **Steuer-Erklärung.** Wie uns heute aus Berlin mitgeteilt wird, ist mit der von uns bereits dieser Tage gemeldeten Pinauschiebung der Frist zur Abgabe der Steuererklärung für den Wehrbeitrag nunmehr auch die Frist, zu der die Steuerzahler ihre Einkommensteuererklärungen der Veranlagungskommission einzureichen haben, für dieses Jahr vom 20. auf den 31. Januar verlegt worden.

★ **Dillenburg, 16. Jan.** In der gestern und vorgestern vor der Strafkammer in Weimar verhandelter, speziell hier interessierenden Sache wegen gefährlicher Körperverletzung mit tödlichem Ausgange, über die wir in gestriger Nummer nur kurz berichtet haben, bezog das Resultat brachten, hatte die Verhandlung folgendes Bild: Geladen waren über 30 Zeugen und 1 Sachverständiger. Angeklagt waren der Chauffeur D. B. von Beydorf, 3. St. beim Fliegerbataillon in Freiburg i. B., dessen Bruder, der Chauffeur R. B. von Beydorf, der Metzgergeselle E. G. von Dillenburg, 3. St. bei

der Kaiserl. Marine S. M. Sch. „Pofen“ zu Wilhelmshaven, der Postler F. G. von Altenkirchen (Oberlahnkreis), jetzt in Dillenburg, der Polizeisergeant R., ebenfalls von da, und der Schachtmeister B. T. von Bergheim. Die beiden ersten Angeklagten, die Brüder B. aus Beydorf, hatten am 25. August 1912 eine Autofahrt nach Dillenburg unternommen. An dieser Fahrt hatte sich auch der Schlosser Gustav Kriese von Beydorf beteiligt. Nachdem unterwegs in einem Dorfe Einkehr gehalten worden war, ging es nach Dillenburg. Hier luden die Insassen ein Mädchen von Dillenburg zur Mitfahrt ein, mit dem dann auch, da sie der Einladung Folge leistete, eine Spazierfahrt unternommen wurde. Abends fuhren die Ausflügler vor dem Restaurant zur „Alten Post“ in Dillenburg vor und lehrten dort ein. Während nun die Beydorf in der Wirtschaft saßen, ertönte zu verschiedenen Malen die Huppe des Autos. Der Chauffeur R. B. ging daraufhin zweimal auf die Straße, um sich den Unfug zu verbitten. Als er das dritte Mal hinausging, fand er den Mitangeklagten Postler F. G. Dieser erkundigte sich nach der Dame, die mit in dem Auto gefahren war. Da R. B. nicht Rede stehen wollte, entstand ein Wortwechsel. Hierdurch wurden auch die beiden anderen Beydorf aus der Wirtschaft auf die Straße gelockt und es entwickelte sich ein allgemeiner Streit, in den sich noch andere Leute hineinmischten. Bald genug wurde zum Messer gegriffen. Eine Frau, welche Zeugin der Mausei war, rief den Polizeisergeanten, der sich in Urlaub befand, hinzu; ihm schloß sich der Schachtmeister B. T. an. Beide versuchten, die Streitenden, die sich in einer Kneuel auf der Erde herumwälzten, auseinander zu bringen. Hierbei erhielten sie mehrere Schläge, wogegen sie sich wehrten. Nachdem noch zwei Nachschutzeleute zu Hilfe geeilt waren, gelang es endlich, den Streit zu beenden. Am schlimmsten zugerichtet war der Schlosser Kriese, der einen Stich in den Unterleib davongetragen hatte, durch den die Leber durchschnitten war, auch die Eingeweide traten hervor. Der Verletzte wurde zunächst auf die Polizeiwache und von da ins Krankenhaus gebracht. Die Verletzungen waren so schwer, daß er ihnen bereits am nächsten Samstag erlag. Ein anderer Beteiligter, der Angeklagte E. G., hatte einen Stich in den Rücken erhalten, der aber weiter keine schlimmeren Folgen verursachte. Trotz der umfangreichen Beweisaufnahme, bei der eine Unmenge von Zeugen vernommen wurde, konnte nicht festgestellt werden, wer den tödlichen Stich ausgeführt hatte. Festgestellt wurde aber, daß sämtliche Angeklagten geschlagen hatten. Sicher ist ferner, daß außer den obengenannten noch mehrere andere Kaufleute sich an der Schlägerei beteiligt hatten, die aber nicht ermittelt werden konnten. Nach zweitägiger Verhandlung fällt das Gericht folgendes Urteil: D. B., E. G., Fr. G., Polizeisergeant R. und B. T. erhalten je 4 Wochen Gefängnis, während R. B. wegen seines jugendlichen Alters mit 2 Wochen Gefängnis davon kam. Bei Ausmessung der Strafe wurde einerseits die Rohheit der Tat, andererseits der Umstand, daß die meisten eigentlich ohne ihr Verschulden in den Streit hineinkamen, in Betracht gezogen. — Wie unser Gewährsmann mitteilt, haben sämtliche sechs Verurteilten Revision beim Reichsgericht angemeldet. (Das Urteil hat infolgedessen hier einigermaßen Aufsehen erregt, als auch der zur Schlichtung des Streites herbeigerufene Polizeisergeant R., der gerade Urlaub hatte, mit in die Affäre verwickelt wurde und ebenfalls 4 Wochen Gefängnis erhielt. R. gilt in weiten Kreisen als tüchtiger Polizeibeamter, der namentlich durch seinen bekannten Polizeihund „Jad“, weit über die Grenzen Dillenburgs bekannt geworden ist. D. Red.)

Vom Westerwald, 15. Jan. Mit dem heutigen Tage treten im Landesbestellbezirk der Kaiserl. Postagentur in Caden (Westerwald) folgende Änderungen ein: Die Landorte Himbung und Rothenbacher Lay werden dem Landesbestellbezirk der Postagentur in Langenhahn (Westerwald), die Orte Hirtlingen, Wigelsbach und Westert dem des Postamts in Wallmerod zugeteilt.

Sachsenburg, 16. Jan. Unter der Spitzmarke „Die sparsame Post“ bringt das „Wiesb. Tagebl.“ folgende Notiz aus Sachsenburg: Daß wir im Zeitalter des Verkehrs leben, scheint für das hiesige Postamt nicht zuzutreffen; denn seit dem 1. Januar hat man für die Landorte die zweite Befestigung abgeschafft. Wie es heißt, soll diese merkwürdige Maßregel für den ganzen Winter gelten. Damit hat man die Landorte in bezug auf den Postverkehr schlechter gestellt als vor 20 Jahren; denn die zweite Befestigung besteht schon länger als 20 Jahre. Merkwürdige Zustände entstehen dadurch: Briefe z. B., die am Samstag in Sachsenburg eintreffen, gelangen erst am Montag in die Hände der Empfänger. Sie lagern also 50 Stunden in den Händen der Post. Das Sonderbarste ist aber, daß auch Albstadt, das mit Sachsenburg fast zusammenhängt, nur eine einmalige Befestigung hat. Wie wir hören, wollen die Ortschaften zunächst bei der Oberpostdirektion vorstellig werden und dann durch den Reichstagsabgeordneten bei der Reichsregierung sich beschweren.

★ **Obernursel, 16. Jan.** Die Wahl eines Vorsitzenden der hiesigen Ortskantenteile ist trotz mehrfacher Wahlgänge noch nicht zustande gekommen, da keiner der beiden Bewerber die Mehrzahl der Stimmen auf sich vereinigte. Bis zur endgültigen Wahl wird nunmehr das Versicherungsamts einen Vorsitzenden ernennen.

★ **Neuenhain i. T., 16. Jan.** Hier plant man die Errichtung einer paritätischen Kleinkinderschule. Für die Anstalt wurden bereits namhafte Summen gezeichnet.

★ **Höchst a. M., 16. Jan.** Wenn irgendwo die so oft gerühmte altpreußische Sparsamkeit sich betätigt, so geschieht das gegenwärtig beim Bau des neuen Bahnhofgebäudes. Schlicht und streng in seinen äußeren Formen zeigt das Bauwerk auch innen die größte Einfachheit, womit sich in jeder Beziehung alle praktischen Neuerungen und Bequemlichkeiten vereinen. Die Bahnsteige werden hoch gelegt und sind für die Reisenden durch Tunnel erreichbar. Durch die Erhöhung des Bahnkörpers fallen die verkehrshindernden Uebergänge an der Königssteiner Straße fort. Sobald das neue Empfangsgebäude vollendet ist, wird mit dem Abbruch des alten begonnen. Als Termin ist hierfür der 1. Juli d. J. in Aussicht genommen.

— Gestern abend verschied nach kurzem Krankenlager Lehrer Ernst Diehl im Alter von 54 Jahren. Der Ver-

storbene war in Herbornseelbach, dann in Nied und seit mehr als vierzehn Jahren an der hiesigen Schule tätig.

Vom Rhein, 16. Jan. Der Eisgang auf dem Rhein ist noch stärker geworden. Allerdings kommt das Eis zum größten Teile nur vom Main her. Trotzdem ist die Schiffsahrt nahezu eingestellt. Der Wasserstand bei Diebrich ist auf 2,21 Meter gesunken.

Darmstadt, 16. Jan. Der frühere Bürgermeister und Kolonialwarenhandeler Ludwig Kohl aus Heppenheim a. d. Bergstraße wurde heute von der Strafkammer wegen Unterschlagung und Untreue von etwa 25 000 M. zum Nachteil verschiedener Stiftungen zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt, abzüglich 2 Monate und 2 Wochen, die für die Untersuchungshaft aufgerechnet werden. Er war seinerzeit nach London durchgegangen, stellte sich jedoch später selbst der Staatsanwaltschaft. Er war in vollem Umfange gefählig.

Berlin, 17. Jan. Dem „Berliner Tageblatt“ wird aus Straßburg gemeldet: Die Stellung der elsass-lothringischen Regierung muß noch immer als mehr ungeklärt bezeichnet werden. Eine Klärung erwartet man erst von der Unterbrechung des Statthalters mit dem Reichskanzler und dem Kaiser, so daß vor der Rückkehr des Statthalters am nächsten Montag Sicheres nicht erwartet werden kann. Die „Freie Presse“ gibt von einem Gerücht Kenntnis, wonach mit dem Statthalter der Staatssekretär Born von Bulach und alle anderen Unterstaatssekretäre zurücktreten und daß der Bezirkspräsident von Ober-Elsass, Herr von Puttkamer, Staatssekretär werden soll.

Neueste Nachrichten.

Freispruch im Meineidprozeß Garrison.

Berlin, 17. Jan. Die des Meineids im Garrisonprozeß angeklagte Felice Runze wurde gestern vom Schwurgericht 1 freigesprochen. Geschworene und Zuhörer brachen, als Staatsanwalt und Verteidiger auf Freisprechung plädierten, in lebhaften Beifall aus. Die Geschworenen veranstalteten unter sich eine Sammlung, deren Ertrag in Höhe von 150 Mark dem Verteidiger der Angeklagten ausgehändigt wurde.

Eine Schenkung für Krebsbehandlung.

Freiburg i. Br., 17. Jan. Geh. Rat Prof. Dr. Krönig von der hiesigen Universität hat von Spendern, die nicht genannt sein wollen, die Summe von 156 000 Mark für Krebsbehandlung erhalten.

Ueberlebende der Vulkankatastrophe.

London, 17. Jan. 33 Personen sind noch lebend auf der Vulkaninsel „Sagurachima“ aufgefunden worden. Die Matrosen, der zur Hilfeleistung eingetroffenen Schiffe warteten bis zu den Anien durch die Asche, um die Höhle erreichen zu können, und fanden die Menschen eng aneinander gefauert. Es scheinen die einzig Ueberlebenden der Stadt Ragochima zu sein. Die Stadt hat den Verlust von ca. 600 Menschen zu beklagen.

„A 7“ in hoffnungsloser Lage.

London, 17. Jan. Den letzten Meldungen zufolge hat man alle Hoffnung aufgegeben, die unglückliche Mannschaft des Unterseeboots „A 7“ zu retten. Bis gestern abend konnte man in drahtloser Verbindung mit Hilfe der Morseapparate mit dem gesunkenen Fahrzeuge bleiben. Gegen 7 Uhr abends hörten die Antwortzeichen des Schiffes auf. Da die Rettungsarbeiten nicht recht von statten gehen konnten, so muß die Mannschaft als verloren angesehen werden.

Der Mörder auf Befehl.

Krafsau, 17. Jan. Nach einer vergnügten Feier in der Wohnung des Artilleriehauptmanns Hansmann wurde dieser von dem Oberleutnant Ziegler beleidigt. Er rief darauf seinen Burschen ins Zimmer und drückte ihm seinen Revolver mit dem Befehl in die Hand, den Oberleutnant niederzuschießen, was der Bursche auch tat. Der Hauptmann und der Bursche wurden verhaftet.

Für die Schriftleitung verantwortlich: M. Eld, Herborn

Weilburger Wetterdienst.

Voranschlägliche Witterung für Sonntag, den 18. Jan.

Wiesbad neblig und wolkig, doch meist trocken, Frost langsam nachlassend.

Geschäftliches.

Weiterer Erfolg der Nassauischen Lebensversicherungsanstalt. Wie wir schon früher mitgeteilt haben, hatte die mit der Nassauischen Landesbank verbundene Lebensversicherungsanstalt bereits im ersten Monat nach ihrer am 15. November erfolgten Eröffnung eine Antragssumme von einer Million Mark aufzuweisen. Dieser außerordentliche Andrang hat angehalten. Bereits vor Ablauf des zweiten Monats ist die zweite Million der Antragssumme überschritten worden. Der weitaus größte Teil entfällt auf die „freie“ Versicherung, aber auch für die sogenannte Tilgungsversicherung (Verbindung der Lebensversicherung mit der Hypothek) beginnt sich das Interesse in stärkerem Maße geltend zu machen. Wenn man auch bei der Errichtung der Anstalt an einer günstigen Entwicklung nicht zweifelte, so übersteigt doch der bisherige Erfolg bei weitem alle Erwartungen.



Streckenpferd-Seife
die beste Lilienmilch-Seife
von Bergmann & Co., Radebeul, für zarte weiße Haut und blendend schönen Teint, à Stück 50 Pfg. Überall zu haben.

